

## **Sterben für die BASF**

Chemieriese macht mit Platin Milliardenumsätze. Unwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter in Südafrika lassen ihn kalt.

**Von Ralf Wurzbacher**

Seit Jahren geloben die Verantwortlichen Besserung, aber nichts passiert. Die Umstände, unter denen die Kumpel der Platinmine Marikana im Nordwesten Südafrikas arbeiten, sind so erbärmlich wie eh und je. Das belegen Vorortrecherchen des *SWR*. In einem Beitrag des am Mittwoch Abend ausgestrahlten *ARD*-Wirtschaftsmagazins „Plusminus“ kamen Betroffene vor der Kamera zu Wort: Immer wieder gebe es Todesfälle unter Tage, würden Menschen verschüttet, wochenlang vermisst und manche nie gefunden. Zudem sei in den flachen, stickigen Stollen kaum Luft zum Atmen, „die meisten von uns werden krank“.

Was ungezählte Menschen mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit bezahlen, beschert dem britischen Bergbauunternehmen Lonmin kräftige Gewinne. Aber nicht nur der Eigner der Mine nahe der Stadt Rustenberg profitiert. Der deutsche Chemieriese BASF ist einer der Hauptabnehmer des in der Mine abgebauten Platins – nach Angaben des Dachverbands der *Kritischen Aktionäre* im Umfang von mehreren hundert Millionen Euro jährlich. Benötigt wird das Edelmetall für die Produktion von Autokatalysatoren, mit denen der Konzern im Vorjahr rund sieben Milliarden Euro umgesetzt hat. Außerdem soll die BASF laut „Plusminus“ mit dem Platin „in großem Stil“ an den Rohstoffmärkten handeln.

Wie in Lonmin gilt allerdings auch für das Ludwigshafener Unternehmen: Für das viele Geld hält man die Hand auf – vor den Folgen für Mensch und Natur verschließt man die Augen. Vor allem setzt man aufs Vergessen. Marikana war vor wenigen Jahren Schauplatz eines fürchterlichen Massakers, bei dem in wenigen Minuten 34 Bergarbeiter im Kugelhagel der Polizei starben und 78 Menschen verletzt wurden. Damals, im Jahr 2012, waren Kumpel für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie höhere Löhne auf die Barrikaden gegangen.

Obwohl seinerzeit der Aufschrei der Weltöffentlichkeit laut und das Bedauern des Betreibers groß war, veränderte sich seither augenscheinlich nichts zum Besseren. SWR-Aufnahmen zeigen Bilder eines kilometerweit reichenden Slums im Umkreis des Bergwerks, in dem die 30.000 Minenarbeiter mit ihren Familien in ärmlichsten Behausungen wohnen müssen. Die bis zu 100.000 Menschen leben in der Mehrzahl in primitiven Wellblechhütten. „Das größte Problem hier: Es gibt keine Kanalisation. Alles ist sehr schmutzig. Viele haben kein Wasser und auch keinen Strom“, schilderten Bewohner die Situation. Lonmin habe vor mehr als zehn Jahren den Bau von 5.500 neuen Häusern versprochen. Der Betreiber habe aber nur Musterhäuser hingestellt und gesagt, um den Rest kümmere sich die Regierung. Nun hat das Unternehmen angekündigt, 1.000 kleine Wohnungen schaffen zu wollen – für 100.000 Bewohner?

Auch die Zusage, die Hinterbliebenen der 2012 bei der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes Ermordeten zu entschädigen, wurde bis heute nicht eingelöst. Eine unrühmliche Rolle spielt bei all dem ausgerechnet Südafrikas neuer Präsident Cyril Ramaphosa. Er hatte zum Zeitpunkt der Bluttat einen Aufsichtsratsposten bei Lonmin inne. Seine damalige Investmentgesellschaft Shanduka hielt neun Prozent der Unternehmensanteile. Zwar sprach ihn eine Untersuchungskommission später von einer Verantwortung für die Geschehnisse frei, monierte aber, dass er bei dem Konflikt nicht mäßigend auf die Beteiligten eingewirkt habe.

Ramaphosa entschuldigte sich später für seine Verfehlungen, nutzte seine Position als Staatschef bislang aber nicht, um den Opfern wenigstens nachträglich zu helfen. Ein Grund für die Tatenlosigkeit könnte auch die Übernahme von Lonmin durch den südafrikanischen Goldproduzenten Sibanye-Stillwater sein. Die Transaktion soll unmittelbar bevorstehen, und bekanntlich werden bei solchen Deals mögliche „Altlasten“ im Interesse von Käufern und Anlegern aus den Bilanzen getilgt. Klar ist dagegen schon jetzt, dass einmal mehr die einfachen Arbeiter die Verlierer sein werden: Sibanye-Stillwater hat bereits angekündigt, im Zuge der Fusion 12.600 Beschäftigte zu entlassen.

Auch die BASF als wichtigster Lonmin-Geschäftspartner verweigert den Geschädigten ein Entgegenkommen. Danach gefragt, befand Thorsten Pinkepank, BASF-Direktor für Nachhaltigkeit, ziemlich holprig: „Ich habe mich da mit vielen Menschenrechtsexperten, aber auch NGOs, unterhalten, die uns beraten haben: Was müsst ihr da tun? Und danach müssen wir nicht die Entschädigungen zahlen. Das wäre, glaube ich, etwas, das BASF für

andere übernimmt, und das ist nicht unsere Position und auch nicht unsere Verantwortung hier.“ Auf die miserablen Arbeits- und Lebensumstände angesprochen, äußerte er: „Wir werden weiterhin, wie in den letzten zehn Jahren, auf unsere Lieferanten einwirken, etwas zu tun, möglichst viel zu tun“.

Das heißt wohl, dass nichts passieren wird. Der Konzern hat die Ereignisse von 2012 durch eine Kommission untersuchen lassen. Der Bericht wird bis heute geheimgehalten. Dazu passt: Seinerzeit forderten die Arbeiter einen Mindestlohn von 800 Euro monatlich. Der wird offenbar auch sechs Jahre danach nicht bezahlt.